

11. 02. 2014

Aussagen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine zum Haushalt 2014
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Herbst 2013 stellte die Verwaltung den Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 vor. Diese Diskussionsgrundlage konnte in den überwiegenden Teilen unverändert in den Beratungen der unterschiedlichen Fachausschüsse übernommen werden. In einigen Positionen bedurfte es der Anpassung an die zwischenzeitlich veränderte Lage und den tatsächlichen Anforderungen. Solche Veränderungen sind nichts Ungewöhnliches und finden jedes Jahr zwischen Einbringung des Haushaltsentwurfes durch die Verwaltung und der Verabschiedung des Haushaltsplanes durch den Rat statt. An dieser Stelle bedankt sich die SPD-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit zur Erstellung des Haushaltsentwurfes und die Unterstützungen bei den Diskussionen in den Fachausschüssen. Wir bitten Sie, Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diesen Dank zu übermitteln.

Anrede

einige notwendige und angekündigte Strukturverbesserungen für die Kommunen sind noch keine Realität. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzlage der Kommunen beschlossen. Städte und Gemeinden warten auf die konkreten Gesetze und deren Umsetzung. Die Stadt Rheine, eine steuerschwache Kommune, ist auf diese Entlastungen dringend angewiesen. Erst mit den konkreten Gesetzesinhalten lassen sich die finanziellen Entlastungen bei der Eingliederungshilfe, dem Straßenbau und den sonstigen Gemeinschaftsaufgaben beurteilen. Die SPD-Fraktion fordert diese Strukturverbesserungen für die Kommunen vom Bund mit höchster Priorität ein. Wir hoffen, dass mit den noch zu verabschiedenden Gesetzen eine deutliche Verbesserung der Finanzlage der Kommunen und somit auch für die Stadt Rheine eintritt. Gleichzeitig fordern wir, dass mit den neuen Gesetzen in Berlin keine neuen Verpflichtungen und Ausgabensteigerungen für die Kommunen verabschiedet werden. Von der Landesregierung und dem Landtag darf es dann anschließend nur eine 1 zu 1 Weitergabe der neuen Mittel an die Kommunen in NRW geben. Das bisherige Verhalten der Landesregierung stimmt uns diesbezüglich durchaus optimistisch. Die Gesetzgebung der vergangenen Monate zeigt, dass die rot-grüne Landesregierung die Probleme der Kommunen erkannt hat und an ihrer Lösung mitzuarbeiten bereit ist. Auch in Düsseldorf dürfen natürlich keine neuen Gesetze zum Nachteil der Städte und Gemeinden beschlossen werden. Das in Artikel 28 Grundgesetz verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung ist immer noch höchst gefährdet. Ursache hierfür ist die Anzahl von Normen, die die Städte und Gemeinden mit den finanziellen Auswirkungen in die Haushaltssicherung treiben.

Anrede

die Festlegung des Haushaltsplanes ist unstrittig ein sehr wichtiges Recht des Rates einer Kommune. Dieses Recht ist automatisch mit einer hohen Verantwortung verbunden. Rupert Lay bezeichnet die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung als eine wesentliche Tugend. Er betont zwei Aspekte der Verantwortung. Erstens die Bereitschaft für sein Tun und Lassen und deren Folgen einzustehen und zweitens eine Disposition, die die Voraussetzung

dafür schafft, Verantwortung vor zukünftigen Ansprüchen zu übernehmen. Diese Verantwortungsbereitschaft vor der Zukunft bestimmt etwa die Einstellung gegenüber Wirtschaftswachstum, Umweltverschmutzung, wissenschaftlichem Fortschritt und so fort. In seinem Buch „Ethik für Manager“ kommt er zu der Erkenntnis:

„...Ähnlich wie Macht nur durch Gerechtigkeit legitimiert wird, muss sie durch Verantwortungsbereitschaft gerechtfertigt werden...“

Anrede

wie bereits erwähnt wurde der Entwurf des Haushaltsplanes 2014 in einigen Ansätzen verändert. Diese Korrekturen wurden durch die Beratungen in den Fachausschüssen zum größten Teil einvernehmlich beschlossen. Sie haben unmittelbare Auswirkungen für den Haushalt 2014 und/oder für die mittelfristige Finanzplanung bis 2017. In allen Fällen der einvernehmlichen Beschlüsse wurden die Entscheidungen unter Berücksichtigung fehlender Alternativen und der Nachhaltigkeit getroffen. Beispiele lassen sich im Ergebnisplan und im Investitionsplan in fast allen Produktgruppen finden. Im Haushaltsjahr 2014 hat sich die Summe auf deutlich über 9 (neun) Millionen Euro erhöht, die unsere Stadt nicht mit Einnahmen begleichen kann. Unser Vermögen schrumpft um mehr als 9 Millionen Euro. Die Grenze zur Haushaltssicherung rückt deutlich näher.

Es gibt aber auch Beschlüsse, die die SPD-Fraktion nicht mittragen kann. In diesen Fällen hatte die SPD in den Fachausschüssen andere Auffassungen, als die CDU-Fraktion und die Ratsmitglieder der FDP.

Über einen längeren Zeitraum wurde einvernehmlich von allen Fraktionen die Notwendigkeit der Verbesserung des Stadtmarketings als wichtiges Ziel erkannt. Der Prozess zur Verabschiedung eines Marketingkonzeptes mit den drei Hauptakteuren Stadtverwaltung, Verkehrsverein und EWG war nicht immer einfach und somit von intensiven Auseinandersetzungen geprägt. Nachdem die jetzige Struktur gefunden und eingerichtet wurde, kommt es zu folgender Situation. Dem Verkehrsverein, dem in der Vergangenheit Stadtmarketingmittel in Höhe von 50.000,--Euro zur Verfügung gestellt wurden, wird durch die CDU/FDP-Ratsmehrheit dieses Geld entzogen. Wir wissen, dass der Verkehrsverein in den vergangenen Jahren gute Programme für die Stadt Rheine erstellt und verwirklicht hat. Diese Angebote wurden im gesamten Einzugsgebiet des Mittelzentrums Rheine beworben und haben das Image der Stadt Rheine nachhaltig positiv beeinflusst. Es waren vor allem Kundenströme aus den Niederlanden und dem regionalen Umfeld, die nach Rheine gelockt wurden. Diese drohen nun wegzubrechen, da die Mittel für entsprechende Anzeigen fehlen werden. Das kann und wird den heimischen Unternehmen vor allem aus dem Bereich Tourismus und Gastronomie nicht gefallen. Der Verkehrsverein muss jetzt diese Mittel bei der EWG erbitten, anderweitig erwirtschaften oder sein gutes Programm erheblich kürzen. Eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung des Stadtmarketing, wie auch vom Büro Frauns gefordert, kann nicht festgestellt werden. Dem Ziel der Optimierung des Stadtmarketings zur Verbesserung des Image der Stadt in der Region nördliches Münsterland/südliches Niedersachsen wurde ein Bärendienst geleistet. Der Verkehrsverein als ein wesentlicher Akteur im neuen Stadtmarketingkonzept unter Federführung der EWG wurde erheblich geschwächt, insbesondere in seiner Position zur EWG. Die SPD-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass dies ein Beschluss zum Nachteil des Stadtmarketings und des Verkehrsvereins ist.

Anrede

In der Haushaltsrede zum Etat 2013 hat die SPD-Fraktion Ausführungen gemacht, die bezogen auf Leistungsprämien eine Gleichbehandlung zwischen angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung begründete. Das entsprechende Besoldungsgesetz lässt eine solche Leistungsprämie zu. Immer noch gilt die Feststellung, dass die Beträge für solche Leistungsprämien durch Veränderungen der Besoldungsstrukturen von den Beschäftigten im Beamtenstatus erbracht wurden. Für die SPD-Fraktion ist es ein nicht aufzulösender Widerspruch, wenn sich die Ratsmitglieder der CDU und FDP bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Arbeit und die fachkundigen Beratungen bedanken, motivationsfördernde und leistungsanerkennende Prämien aber verweigern.

Anrede

die Beispiele von unterschiedlichen Auffassungen zum Haushalt 2014 und der Finanzplanung bis 2017 offenbart bei der Standortfrage der Sekundarschule Stadt die gewichtigsten Unterschiede mit den größten finanziellen Auswirkungen. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass die SPD-Fraktion nicht gegen eine zweite Sekundarschule Stadt ist und die Befragung der Eltern von Schülerinnen und Schülern zu zwei Sekundarschulen in Rheine mitgetragen hat. Von Anfang an wollte die SPD-Fraktion aber einen offenen Fragenkatalog (mit einer Bewertungsmatrix) mit Alternativen zum Standort der Fürstenberg-Realschule. Hier hat sich die Mehrheit aus CDU- und FDP-Mitgliedern im Schulausschuss und später in allen anderen Gremien gegen einen solchen standortoffenen Fragenkatalog ausgesprochen. Der Schulstandort Fürstenberg-Realschule wurde verfestigt und CDU/FDP haben sich jeder weiteren Diskussion zur Kostenminimierung entzogen. Es stellt sich die Frage, warum die CDU-Fraktion und ihr folgend die FDP Ratsmitglieder diese Festlegung beschloss. Sie kannten die Kosten für diesen Standort der Sekundarschule Rheine Stadt nicht und wollten die Alternativen und den damit verbundenen Kostenvergleich erst gar nicht ermitteln. Diese Vorgehensweise entspricht nicht dem seriösen und sorgfältigen Umgang mit öffentlichen Finanzen. Ein ehrbarer Kaufmann hätte ein solches Gebaren sicher nicht gut geheißen. Wir von der SPD-Fraktion kritisieren ebenfalls diese Vorgehensweise der Standortentscheidung. Nachdem erste Kostenschätzungen vertraulich bekannt wurden, kam es bei der Ratsmehrheit nicht zu einer geänderten Haltung in der Standortfrage. Mit dem Beschluss zur Mehrfachbeauftragung externer Architekturbüros hofft die CDU/FDP Ratsmehrheit die Kosten für die Ertüchtigung des Gebäudes der Fürstenberg-Realschule zur Sekundarschule Stadt zu senken. Die zusätzlichen Aufwendungen für diese externen Arbeiten belaufen sich auf ca. 500.000,--Euro. Sie könnten nach Aussage vom 1. Beigeordneten der Stadt Rheine, Herrn Kuhlmann, aber auch „nur“ 300.000,--Euro betragen. Ebenso ist es aber auch möglich, dass sich die Mehraufwendungen dann schließlich auf 700.000,--Euro belaufen. Sachkundige Personen bezweifeln, dass die von der Ratsmehrheit erhoffte Kostensenkung tatsächlich erzielt werden kann. Dies insbesondere unter Beachtung des Umfangs des Um- und Anbaues einer bestehenden Immobilie in der Größenordnung der Fürstenberg-Realschule. Die in der Finanzplanung eingestellten je 2 Millionen Euro für 2015 und 2016 sind mit hoher Wahrscheinlichkeit ein zu geringer Kostenansatz. Die CDU und FDP haben auch keine Deckelung für die Ertüchtigung des Gebäudes Fürstenberg-Realschule beschlossen. Solche Deckelung gibt es für den Bau einer Feuerwehrrache rechts der Ems, für den Standort der städtischen Sekundarschule nicht. Die Ratskolleginnen und Ratskollegen der CDU und der FDP kennen diese Umstände oder zumindest errahnen sie diese. Es stellt sich deshalb die Frage: Wem nützt der Ausgliederungsauftrag? Eine denkbare Möglichkeit ist eine zeitliche Überbrückung bis zu den Kommunalwahlen. Diese Einstellung

verdeutlicht, die Kosten sollen keine Rolle spielen. Andere Motive vermag die SPD-Fraktion nicht zu erkennen.

Anrede

die SPD-Fraktion hat die Standortfrage immer unter mehreren Aspekten diskutiert. Immer wieder kam sie dabei zur Erkenntnis, dass nicht der Schultyp diskutiert werden muss. Diskutiert wurde innerhalb der SPD-Fraktion welche finanziellen Auswirkungen die Standortentscheidung in Abwägung zu sonstigen Aspekten hat.

Ist der Standort im Schotthock geeignet? Auf den ersten Blick sicher.

Ist der Schulstandort im Schotthock notwendig und sinnvoll? Sicher nicht, weil kostengünstigere Alternativen vorhanden sind.

Wir stellten uns die Frage, ob der Standort der Sekundarschule im Schotthock für die Schülerinnen und Schüler derartige Vorteile bietet, welche die erheblichen Mehrkosten für die Stadt Rheine rechtfertigen.

Mehr als 2/3 (66,6%) der Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Stadt kommen nicht aus dem Schotthock. Diese Schulkinder kommen aus anderen Stadtteilen und haben nicht den „Vorteil“ von kurzen Schulwegen. Die Entfernung zwischen Wohnung und Schule scheint auch beim Besuch von weiterführenden Schulen nicht so gewichtig zu sein. Sonst würden wohl die Schulkinder aus dem Schotthock bzw. ihre Eltern weitere Schulwege wie z. B. zur Euregio Gesamtschule, den drei Gymnasien oder der Elsa-Brändström-Realschule nicht in Kauf nehmen.

Welche Auswirkungen hat die Standortfrage wohl für den Schotthock? Natürlich war diese Frage in der SPD-Fraktion Diskussionssthema. Sind „Nachteile“ für einen kompakten, lebendigen Stadtteil zu befürchten, wenn in diesem Viertel keine weiterführende Schule geführt wird? Werden Bewohnerinnen und Bewohner diesen Stadtteil verlassen, weil es keine Sekundarschule gibt? Wird der Zuzug von neuen Familien in den Schotthock wegen einer fehlenden Sekundarschule ausbleiben? Die Nähe von anderen weiterführenden Schulen und die gute Erreichbarkeit dieser Schulen zu Fuß, mit Fahrrädern oder mit Bussen entkräften unseres Erachtens solche Befürchtungen. Sollten aber die für den Schulaus- und Schulumbau gebundenen Gelder andere Vorhaben im Schotthock verhindern, dann würde wegen der Schulstandortentscheidung die positive Entwicklung des Stadtteils Schotthock deutlich erschwert.

Welche Alternativen gibt es zum Standort der Fürstenberg-Realschule? Der Standort Overberg Schule und auch der Standort Elisabeth Schule bieten sich für die Einrichtung einer Sekundarschule Stadt an. Die Infrastruktur ist besser, als bei der Fürstenberg-Realschule und der Aufwand für Anpassungsnotwendigkeiten erkennbar deutlich geringer. Aus der Gesamtverantwortung für die Stadt Rheine lehnen wir den Standort im Schotthock für eine zweite Sekundarschule ab. Verwaltung und Rat haben nicht die finanziellen Mittel, um einen Schulstandort ohne Betrachtung der finanziellen Auswirkungen zu realisieren. Die Aufgabenfülle mit finanziellen Auswirkungen ist groß. Die Stadt Rheine benötigt Haushaltsmittel um die städtischen Finanzierungsanteile für die Herausforderungen z. B. der Konversion, der Inklusion (nicht nur für Kindertagesstätten und Schulen), des IEHK 2025, der weiteren Entwicklung des Gewerbegebietes Bahnseitenflächen (einschließlich der Kreisstraße, der sogenannten Spange), der energetischen Optimierung von städtischen Gebäuden, der Wirtschaftsförderung durch Bereitstellung von Industrieflächen und vielem mehr. Diese beispielhaften Aufzählung von Aufgaben verpflichten uns zur strikten Haushaltsdisziplin, wenn wir die Zukunftsaufgaben in unserer Stadt selbst mitgestalten wollen

Anrede

Im Zuge der Debatte um die Sekundarschule Stadt und verstärkt im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen 2014 konnten wir unterschiedliche Vorwürfe gegen die SPD-Fraktion hören und lesen. Es wurde behauptet uns ginge es um einen ideologischen Schulstreit, wir sollten endlich die mehrheitlich in den Ausschüssen und im Rat gefassten Beschlüsse akzeptieren oder wir sollten aus der Schmollecke herauskommen. Auch wurde dargestellt, dass es keine Zeit mehr für Grabenkämpfe gäbe. Gerade die Aussage, dass keine Zeit mehr für Grabenkämpfe sei, ist u. E. besonders fragwürdig.

Die Ratsmehrheit kann ohne Zeitverzögerungen alle legalen Entscheidungen treffen. Egal ob sie klug sind, die Entwicklung der Stadt fördern oder schaden. Sie hat diese Macht.

Wir, die SPD-Fraktion, hingegen haben die Aufgabe, als Opposition Alternativen aufzuzeigen. Wir, und das sagen wir durchaus selbstbewusst, haben nicht nur das Recht auf Ausübung einer Opposition zur Ratsmehrheit. Wir verstehen dieses Recht als Pflicht. Wir müssen unsere Stimme erheben, wenn die Mehrheit im Rat zwar legale Entscheidungen trifft, diese aber die positive Entwicklung der Stadt erschweren oder sogar für geraume Zeit unmöglich machen könnten. Das haben wir in der Debatte um die finanziellen Auswirkungen um die Sekundarschule Stadt getan. Mit „Ideologie“, „Schmollecke“ oder gar „Grabenkämpfen“ hat das absolut nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Anrede

Die SPD-Fraktion wird deswegen dem (durch die CDU/FDP Ratsmehrheit veränderten) Haushaltsplan 2014 mit der Finanzplanung bis 2017 nicht zustimmen. Wir können dies nicht, weil wir die Verantwortung für die in die Zukunft hineinwirkenden Entscheidungen als nicht gerechtfertigt betrachten. Für diese Entscheidungen muss die Ratsmehrheit als bestimmender Faktor der kommunalen Selbstverwaltung ihre Verantwortung übernehmen und auch wahrnehmen.